

Danziger Zeitung.



No 8147.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kästlern. Postanstalten angenommen.
Preis pro Quartal 1 R. 15 P. Auswärts 1 R. 20 P. — Inserate, pro Seite 2 P., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitemeyer und H. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen den 7. October, 7 Uhr Abends.

Berlin, 7. Octbr. Der altkatholische Bischof Reinkens hat heute Mittag in Gegenwart von bekannten Zeugen, welche derselbe zu dem Aete zugezogen, den Eid in die Hände des Cultusministers abgeleistet. Der "Spener'schen Stg." zufolge ging der Vereidigung des Bischofs eine Ansprache des Cultusministers voran, welche hervor hob, die Gerechtigkeit fordere es, daß der Staat den Altchristen helfe, die bereit seien, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Bischof Reinkens erwiederte in ähnlichen Sinne und leistete dann den Treueeid. Der Eidesformel, an den feierlichen Eid der katholischen Bischöfe anschließend, war von den Stellen purifiziert, aus denen diese Bischöfe bisher deducirt haben, daß ihr Treugelöbniß nur so weit gehe, als der Papst geleistete Eid nicht entgegenstehe. Der Cultusminister giebt zu Ehren des Bischofs Reinkens ein Diner, dem sämmtliche Staatsminister beiwohnen werden.

Posen, 7. October. Der Erzbischof Graf Ledochowski ist wiederum wegen gleichwidriger Anstellung von Geistlichen zu 600 Thlr. Geldbuße eventuell zu viermonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Wie die "Ostseezitung" ver nimmt, ist der Oberpräsident von Posen veranlaßt worden, den Erzbischof Grafen Ledochowski zur sofortigen Niederlegung seines Amtes aufzufordern.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Posen, 6. Oct. Der Erzbischof Ledochowski ist zum 21. d. M. vor das hiesige Criminalgericht vorgeladen, um wegen der Androhung der Excommunication in einem amtlichen Schreiben an den Geistlichen Schröter verantwortlich vernommen zu werden.

Frankfurt a. M., 6. Octbr. Heute hat sich hier ein Wahlverein constituirt zwecks Herbeiführung liberaler Wahlen im Sinne des Fortbaues des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung.

Rom, 4. October. Der Papst von mehreren Ultramontanen befragt über die Zeit des voraussichtlichen Triumphes seiner Sache, antwortete: „Geben wir uns keinen Täuschungen hin, diese Epoche kann menschlich gesprochen, noch in weiter Ferne liegen.“

Die "Opinion" meldet, der König bestätigte die Verteilung der Veranlassung der Armeen, die der Kriegsministeriums. Die Cholera kommt auch in Neapel ab.

Deutschland.

Berlin, 7. October. Die Wahlbewegung kommt jetzt in das Stadium, in welchem die Kandidaten genannt werden; bei dieser Gelegenheit ist es dringend wünschenswerth, daß die liberale Partei sich über ihr Verhältniß zu den andern Parteien klar werde. Wir halten es für selbstverständlich, daß überall, wo die liberale Partei in sich selbst stark genug ist, um Kandidaten aufzustellen, sie nicht auf Allianzen und Verbindungen mit andern Parteien eingeht. Dagegen gibt es allerdings viele Beispiele, in denen entweder die Parteirichtungen nicht scharf genug ausgeprägt sind, oder die liberale Partei für sich nicht ausreichend stark ist, um den Wahlkampf mit Erfolg bestreben zu können; hier kommt es darauf an, mit Denjenigen sich zu verbinden, welche in gewissen leitenden Hauptbestrebungen der liberalen Partei am nächsten stehen. Unstreitig am nächsten haben die Freikonservativen der liberalen Partei gestanden, besonders diejenigen geistigen Leiter, von denen das Verhalten der freikonservativen Fraktion im Wesentlichen getragen worden ist. Weit schwieriger und verwickelter ist das Verhältniß zu denjenigen Brüderen der Conservativen, welcher jetzt als neuconservativ bezeichnet wird. Im Anfang der letzten Legislatur-Periode sind die Mitglieder der "neuen conservativen Fraktion" ganz mit derselben Festigkeit, wie die Altconservativen, nicht allein den Bestrebungen der liberalen Partei, sondern auch den liberalen Vorstellungen der Regierung entgegentreten; das auffallendste Beispiel hierfür bot das Schulauflösungs-Gesetz, welches in der zweiten Session (1871-72) behandelt wurde. Obwohl die Regierung, sogar durch den Mund des Fürsten Bismarck, erklärt hatte, daß sie die Annahme dieses Gesetzes zu einer Cabinetsfrage mache, daß sie dieses Gesetz für eine unentbehrliche Maßregel halte, haben dennoch diejenigen Neuconservativen mit wenigen Ausnahmen gegen das Gesetz gestimmt und das Zustandekommen desselben gefährdet. In der ersten Abstimmung war die Mehrheit für das Gesetz eine sehr geringe, und die Liberalen mußten zwischen der ersten und zweiten Lesung alle ihre abwesenden Mitglieder auf das Schleunigste einberufen, um dem wichtigen Gesetz eine ansehnlichere Majorität zu verschaffen. Diejenigen Führer der Neuconservativen haben bei der Gelegenheit dieses Gesetzes zu den eifrigsten Gegnern der Regierung gehörte. Erst später, als die conservative Partei mit ihren damaligen Bestrebungen und Gefüßen nach einer Allianz mit den Ultramontanen nicht durchdrang, haben die Neuconservativen sich von derselben ausgesondert und nach den bösen Erfahrungen, welche sie gemacht hat, darf die neuconservative Fraktion als eine Vereinigung derjenigen Conservativen betrachtet werden, welche fortan der Regierung zu gehorchen gewillt sind. Dagegen bezweifeln wir keinen Augenblick, daß in allen Punkten, in welchen ihr von der Regierung Freiheit gegeben wird, diese neuconservative Fraktion so viel wie möglich mit

den Altconservativen zusammenzugehen geneigt sein wird. Hieraus ergiebt sich von selbst, daß nur da, wo es völlig unvermeidlich erscheint, die Liberalen Grund haben, Mitglieder der neuconservativen Partei bei den Wahlen zu unterstützen. Als in diesem außerordentlichen Falle befindlich betrachten wir alle diesjenigen Wahlbezirke, in denen nur im Verein mit den Neuconservativen die Ultramontanen und Altconservativen mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen sind. Denn mit diesen beiden Parteien hört freilich jede Möglichkeit einer Versöhnung auf, welche Versprecheindegung sie auch im Einzelnen machen mögen, welche liberalen Vorwände und Freiheitsphrasen insbesondere die Ultramontanen im Munde führen; es ist doch klar, daß ein ultramontaner und altconservativer Kandidat niemals auch nur eine liberale Stimme erhalten darf.

Das "Avvenire di Sardinia" berichtet auf die Aussage eines italienischen Marineoffiziers, daß, als der Commandant der deutschen Panzerschiffe in den spanischen Gewässern am Jahrestage der Schlacht von Sedan dem Commandanten der französischen Schiffe die Hand reichen wollte, dieser seine Hand zurückzog und dieses eine Forderung zum Zweikampf zur Folge gehabt habe. Der englische Commandant habe aber die Sache als Schiedrichter gütlich beizulegen verstanden.

Man schreibt der "Post. Stg." aus Oberwil: „Als vor etwa 1½ Jahren mehrere Geometer durch den Geh.-Rath Wagner (damals Präses der einen Colberg-Pössener Bahngesellschaft) im Kreise beschäftigt waren, um die Linie Schneidemühl-Roggendorf-Mirowana-Pössen abzulängen, bildete sich hier ein Comités, um im Interesse des Kreises eine zweite Linie, nämlich die von Rogasen-Obornit-Pössen mit in den Voranschlag aufzunehmen. Man wendete sich an Herrn Wagner mit der Bitte, die

Vorarbeiten dieser Linie durch die betreffenden Beamten der erstbezeichneten Strecke ausführen zu lassen.

Leiderem Wunsche genügte Herr Wagner, verlangte aber einen bedeutenden Kostenvorschlag. Durch freiwillige Beiträge, an welchen sich die Stadtstaat Obornit allein mit 700 Thalern beteiligte, wurden nun in kurzer Zeit 2800 Thaler zusammengebracht und durch den Herrn Kreissteuer-Einnehmer Suder hieselbst dem Herrn Geheimrat zugesendet. Bis heute hat aber weder eine Rechnungsliegung, noch sonst ein Nachweis für die Verwendung des eingesammelten Geldes stattgefunden und sind die Geldgeber gespannt, wann endlich erneut die Zugabe der gespendeten Gelder nachgewiesen werden wird.“

Das Gericht, daß der Kaiser eine Unterstiftung aus Staatsmitteln für die Duisdorff'schen Unternahmungen angeregt habe, entbehrt, wie der "N. Z." von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, jeder Begründung.

Nach der "Schl. Stg." beschränkte sich in dem Duisdorff'schen Falle die Staatshilfe darauf, daß die Kgl. Bau- und Gutsgesellschaft des Duisdorff'schen Geldinstituts angenommen hat.

Österreich-Ungarn.

Wien, 5. Oct. Die Nötheit und Rücksichtlosigkeit des Organs der feudul-ultramontanen Partei, des "Vaterland", wird mit jedem Tage stärker, je näher der Besuch des deutschen Kaisers in Wien rückt. Die Heberei gegen den Besuch Victor Emanuels wird weit übertroffen von der gegen den Kaiser Wilhelm und den Fürsten Bismarck. So bringt heute das "Vaterland" den zweiten seiner "Reichschristian Bismarck" überschriebenen Leitartikel, in welchem es heißt: „Abermals hat das moderne Heidentum mit dem Judenthum ein Bündniß gegen das Christenthum geschlossen, und an der Spitze desselben prangt der Reichschristian Bismarck. Kann er auch noch nicht mit Diocletian und Robespierre mit Feuer und Schwert operieren, so ceipt er mindestens die Gesetze Kaiser Julian's des Arianin gegen die Christen des vierten Jahrhunderts und des nordischen Diocletian's, Nikolaus von Rusland, gegen die Katholiken von Polen. Beide schien bis zur Stunde unlängst dahinsteuern in der ausgeschusteten Kastintheit, ihrer katholischen Unterthanen die Ausübung ihres Glaubens unmöglich zu machen und sie zum Absatz zu bringen; der erste zu seinem phantastischen Gottesdienst, der andere zum russischen Schisma. Heutigen Tages sind sie übertroffen durch den Reichschristian Bismarck, welcher mit Julian dem Abstummen an Hass und Bosheit und mit dem nordischen Diocletian an Brutalität und Verschmittheit weitersetzt. Neueste Meldungen zufolge soll es der Mann vom "Blut und Eisen", der deutsche Reichskanzler mit der eisernen Stirn, dennoch wagen wollen, im Gefolge seines fortwährend "ringenden" und fortwährend "fortgerissenen" Herrn nach Wien zu kommen. Die Richtigkeit der Meldung ist wohl noch zu bezweifeln. Sollte sie sich aber bestätigen, so könnte der "Wiener Böbel in Seidenhüten" der guten Sache keinen besseren Dienst erweisen, als indem er dem Fürsten Bismarck einen ähnlichsolemen und begeisterten Empfang bereitet, wie jüngst dem Sardin-König. Je gründlicher die Maske gelüftet wird, desto eher wird der unvermeidliche Fall der liberalen vaterlandslosen Bande erfolgen.“ Dies eine Probe von der Verwilderung einer Presse, die für Kirche und moralische Ordnung einzustehen behauptet.

Frankreich.

Paris, 5. Octbr. Das "Sicile" bringt den Erlaß des Polizeicommissars Bassel, wodurch ihm der Straßenverlauf entzogen wird, weil es ein Bruchstück aus Gambetta's Riede veröffentlicht hatte, mit der Bemerkung: „Angesichts der Maßregel, die uns

trifft, haben wir nicht einmal mehr die Freiheit, zu sagen, was wir in der incriminierten Stelle tadeln. Wir sind gemäßregelt, wir schweigen.“ Auf die Abänderung der Gesetze über die Reise des Cardinals Bonnecaze nach Rom und über die geheimnisvollen Conferenzen im Vatican entgegnet das "Sicile": „Warum sollte der Papst sich weigern, Heinrich V. in Reims zu solben? Ist der Graf Chambord nicht das Wunderkind, der prädestinirte Fürst, der den Nachfolger Petri in den vollen Besitz seiner weltlichen Macht setzen soll und der von Gott berufen ist, die Revolution in Europa zu vernichten? Warum sollte der Papst nicht nach Frankreich kommen, um den Grundstein zur Kirche des sacre coeur zu segnen? Ist dieser Heiligtum nicht dazu bestimmt, Rom und Frankreich zu retten? Die Führer der monarchischen Verschwörung merken, daß sie zu viel gesagt haben. Man möchte jetzt mehr als ein ungescichtes Wort zurücknehmen, doch es ist zu spät. Alle jene Pläne, die man abzulängen sich bemüht, liegen in der Ordnung der Dinge. Das Papstthum, das sieht, wie Europa sich nach und nach seiner Suprematie entzieht, hat seine letzte Hoffnung auf das Haupt des Grafen Chambord gesetzt und dieser hat während seines langen unthätigen Lebens fort und fort auf Rom seine Hoffnung gesetzt. Zwischen beiden gestürzten Mächten findet eine nothwendige Allianz statt, ein durch Anger, Glauben und Chiruren unlösliches Band. Es handelt sich jetzt darum, den Grafen Chambord auf Frankreichs Thron mit der speciellen Mission zu segnen, daß zuerst in Paris und in Frankreich der große Feind vernichtet werde; der weltliche und moderne Geist. Ist dieser erste Wurf gelungen, so muß Frankreich das Werkzeug zur Herstellung des Papstthums werden. Man versucht noch, das zu längnen. Es gibt eine Logik der Situation, die stärker ist als alle Ablängungen und als alle Verbelebungen.“

Paris, 5. October. Die Pariser Blätter machen sehr deutliche Ansprüche auf die Art und Weise, wie die Führer der Fusion sich der Majorität zu verschließen suchen. Die "Opinion Nationale" hatte schon von einem Pariser Salon berichtet, in welchem man auf das freigiebigste Parteien, Gesandtschaften und hohe Würden vertheile, und heute befaßt sich die "République Francaise" und das "Sicile" mit denselben Gegenstände, und "L'Ordre" gibt Einzelheiten darüber. Die "République Francaise" sagt: „Hinter den Kulissen werden die soliden Geschäfte gemacht, werden die Linie einzeln und die Kämme nach dem gleichen Prinzip.“ Das "Sicile" sagt: „Es ist der Niemand ein Geheimnis, daß seit dem 24. Mai besonders bei den Mitgliedern des linken Centrums ge macht worden sind, um sie zu der monarchischen Partei hinzuberausden. Verschwörungen aller Art, höhere und niedere Verschwörungen, es ist nichts, was nicht ins Werk gesetzt wäre von den Verschworenen der Rechten, um mit Hilfe des linken Centrums die Lücken auszufüllen, welche der Rückzug der Bonapartisten gemacht hatte.“ "L'Ordre" citirt sogar Namen: „Man sagt, die laufende Rechnung der Prinzen von Orleans mit dem Hause Rothschild habe in der vorigen Woche um mehr als sieben Millionen abgenommen.“

Spanien. Das neue Ministerium läßt sich mit anerkannten werther Energie die Erfüllung seiner Obliegenheiten angelegen sein. Eine Reihe neuer Steuern ist als Kriegssteuer ausgeschrieben worden, und zwar: 6 Pesetas jährlich Fenstersteuer für jedes Fenster im ersten und zweiten Stockwerke, 5 Pesetas im Entresol und im dritten Stock, 250 Pesetas Wagensteuer für alle Luxuswagen und 50 Pesetas für jedes gewöhnliche Fuhrwerk. Ferner 10 Centimes Buschlag auf jeden Preis von 2 Pesetas übersteigende Theaterbillett, auf die Lotterieloche, Rechnungen und Schlüssel, Stempelpapier u. s. w. In den Erwägungen des von der amtlichen Zeitung mitgetheilten desfalligen Erlasses ist auf das Prinzip Frankreichs und Amerikas hingewiesen, welche ihren Bedürfnissen durch eine Anzahl ähnlicher Steuern abgeholfen haben. Ferner sind im Interesse der öffentlichen Ordnung alle Wahlen, gleichviel ob für politische oder kommunale Zwecke, suspendirt worden. — Die amtliche Zeitung veröffentlichte die neuen Steuern am 24. d. M. zusammen mit dem Gesetz für 1874 und folge die Übernahme der vollen Gebühren in 325 P. und 350 P. auf den Etat genehmigt.

Die R. Regierung hat genehmigt, daß die Lehrer Gehalt und Zur der Elementarlehrerwitwenkasse beitreten dürfen unter Nachzahlung der persönlichen Beiträge und des Gemeindebeitrags vom 1. Januar 1871 ab. In gleicher Weise gehört der Lehrer Hugen der genannten Kasse bereits an und hat außer den persönlichen Beiträgen auch den Gemeindebeitrag entrichtet. Magistrat hält es für billig, daß die Stadtgemeinde dem Gemeindebeitrag erleichtern und trägt an, die Versammlung wolle genehmigen: 1) daß der Gemeindebeitrag für die genannten 3 Lehrer mit 4 P. jährlich für jeden vom 1. Januar 1871, 1872 und 1873 zusammen 36 P. aus der Rämmereitasse gezahlt resp. soweit derselbe von dem p. Hugen gezahlt ist, demselben erstattet und 2) pro 1874 und folgend an den Etat übernommen werde. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Zur Instandsetzung der Schule zu Reichenbach ist die Stadt das erforderliche Baupols mit 1 verzu geben oder in Gelde zu vergüten verpflichtet. Der Betrag wird mit 50 P. 6 Gr. 4 P. (als + der Anschlagssumme) bezahlt.

Als Schulbeamter fungiert seit längerer Zeit Frau Wiese in der niederstädtischen Mädchenschule gegen 2 P. monatlich; vom 1. Oct. ab wurde ihr auch die Funktion in 2 Klassen der katholischen Schule in der Schloßgasse übertragen. Zur Remuneration derselben hält Magistrat 10 P. monatlich für angemessen. Für 7 Monate 20 P. = 140 P. für die Stelle in der reichsstädtischen Knabenschule vom October bis als Dezember 3 Monate à 20 P. = 60 P. zusammen 200 P., und pro 1874 und folge die Übernahme der vollen Gebühren in 325 P. und 350 P. auf den Etat genehmigt.

Die R. Regierung hat genehmigt, daß die Lehrer Gehalt und Zur der Elementarlehrerwitwenkasse beitreten dürfen unter Nachzahlung der persönlichen Beiträge und des Gemeindebeitrags vom 1. Januar 1871 ab. In gleicher Weise gehört der Lehrer Hugen der genannten Kasse bereits an und hat außer den persönlichen Beiträgen auch den Gemeindebeitrag entrichtet. Magistrat hält es für billig, daß die Stadtgemeinde dem Gemeindebeitrag erleichtern und trägt an, die Versammlung wolle genehmigen: 1) daß der Gemeindebeitrag für die genannten 3 Lehrer mit 4 P. jährlich für jeden vom 1. Januar 1871, 1872 und 1873 zusammen 36 P. aus der Rämmereitasse gezahlt resp. soweit derselbe von dem p. Hugen gezahlt ist, demselben erstattet und 2) pro 1874 und folgend an den Etat übernommen werde. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Zur Instandsetzung der Schule zu Reichenbach ist die Stadt das erforderliche Baupols mit 1 verzu geben oder in Gelde zu vergüten verpflichtet. Der Betrag wird mit 50 P. 6 Gr. 4 P. (als + der Anschlagssumme) bezahlt. — Als Schulbeamter fungiert seit längerer Zeit Frau Wiese in der niederstädtischen Mädchenschule gegen 2 P. monatlich; vom 1. Oct. ab wurde ihr auch die Funktion in 2 Klassen der katholischen Schule in der Schloßgasse übertragen. Zur Remuneration derselben hält Magistrat 10 P. monatlich für angemessen. Für das laufende Jahr werden hierauf bewilligt: für die Monate Oct. bis Decbr. 30 P., für die Monate April bis incl. Sept. der ratifizierte Anteil für 4 Klassen mit 6 P. 20 Gr. = 40 P., abzüglich die gezahlten 15 P., mit noch 25 P. die Übernahme von 120 P. auf den Etat von 1874 ab wird genehmigt. — Als Beihilfen zu den Wasser- und Kanalisationsanlagen werden bewilligt: dem Besitzer der Grundstücke an der Großen Mühle No. 13/14 40 P., dem Fischer Böhm (Welsengasse No. 12) 20 P., dem Siefenbauer Schnäre (Alsfeld Graben No. 11) 22 P. 12 Gr. 10 P., dem Rentier L. Höls (Mattenbuden No. 19/20) 25 P., dem Werksführer Stückmann (Weidengasse No. 16) 20 P., dem Johanniskreuz (Al. Schwalbengasse No. 14) 26 P. 12 Gr., dem Besitzer Böllmer (Baktion Ausprung) 40 P. — Zur Ergänzung einer Lücke im Siedl. auf dem Steinbadi am Hakenbach ein Ablaufrohr von 762 Fuß verlegt und ein Einsteigeburmen erbaut werden. Die Kosten im Betrage von 887 P. 20 Gr. werden aus dem Fonds für Wasserleitung und Kanalisation bewilligt. — Die Abteilung der auf zwei mit dem Grundstück Steinbadi No. 5 vereinigten Plätzen ruhenden Grundstücken nach Zahlung des Pfostenbeitrages von 22 P. 20 Gr. wird genehmigt und werden damit die Beiträge von 1 P. 16 Gr. 4 P. und 4 P. 19 Gr. vom Etat gestrichen.

Die auf dem Grundstück der Artilleriewerkstatt ruhenden Grundstücken sind mit 408 P. 25 Gr. abgelöst worden, und werden die bisher erhobenen jährlichen Beiträge von 20 P. 4 Gr. 3 P. vom Etat abgestrichen. — Als Beihilfen zur Befestigung von Vorburten u. dgl. werden bewilligt: 1) dem Malermesser Ahrens (Alt. Graben No. 79) 25 P. 12 Gr. dem Schmiedemeister Ihlefeld (Wort. Graben No. 24) baar 25 P. 4 Gr. und für Trottoir 18 P. 20 Gr. 3) dem Schlossermeister Große (Wort. Graben No. 28) baar 100 P. und Erhalt des Trottoirbeitrags mit 31 P. 10 Gr. 4) dem Sattlermeister Kapitz (Wort. Graben No. 29) baar 75 P. und

Danzig, den 8. October.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 7. Oct. c.] Vorstehender hr. Commerzienrat Bischoff; Vertreter Kapitz (Wort. Graben No. 29) baar 75 P. und

